

# Mein NEWSLETTER



## Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Wahlkreisabgeordneter für MSP & MIL  
Betreuungsabgeordneter für WÜ & AB



Mai 2018

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

sicher haben Sie schon Ihre Mai-Tour geplant.



Als Kind war mir die Tour das Wichtigste am 1. Mai. Erst als ich im Berufsleben stand, bekam der 1. Mai eine andere Bedeutung: Es ist der Tag der Arbeit.

Mutige Frauen und Männer haben sich jahrhundertlang dafür eingesetzt, dass die Arbeitsbedingungen besser wurden. Wer glaubt, dass nun alles bereit ist und es allezeit so bleiben wird, der irrt.

Täglich erleben wir Angriffe auf den Arbeitnehmerschutz. Uns wird vorgegaukelt, dass die Arbeitszeiten flexibler werden müssen und ein Unternehmen nur so überleben kann. Immer wieder hat sich gezeigt, dass am Ende der abhängig Beschäftigte der Dumme ist. Ich bin froh, dass wir starke Gewerkschaften haben, die viel für ihre Mitglieder und auch die Trittbrettfahrer heraushandeln.

Ich stelle aber auch fest, dass wir als Gesetzgeber bessere Rahmenbedingungen schaffen müssen. Mindestlohn, Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen, Rückkehrrecht auf Vollzeit, Reduzierung der sachgrundlosen Befristung, Einführung der Grundrente, Verbesserung der Rentenformel und die Stärkung der Mitbestimmung sind Aufgaben unserer Zeit. Die SPD wird das umsetzen. Ich bin froh, dass ich dabei sein kann.

So, jetzt freue ich mich auf eine Bratwurst und ein Glas Bier bei den Maikundgebungen.

Herzlichst Ihr/ Euer

*Bernd Rützel*

## INHALT

- 2 Klartext:
- 3 Das Recht auf befristete Teilzeit kommt
- 4 Besuchergruppe aus Unterfranken in Berlin
- 5 Unterwegs in Unterfranken und Berlin
- 10 Sophies Post aus den USA
- 11 Gastbeiträge der MdLs

## KONTAKT/IMPRESSUM

**Bürgerbüro Gemünden**  
Obertorstraße 13  
97737 Gemünden  
Tel. 09351 6036563  
[bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de)

**Büro Berlin**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 227 73434  
[bernd.ruetzel@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel@bundestag.de)

[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB  
Obertorstr. 13, 97737 Gemünden



# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## ENGAGEMENT IN SACHEN BAHN

Als Eisenbahner sind mir alle Angelegenheiten rund um das Thema Schienenverkehr ein Herzensanliegen. Klar also, dass ich mich in den Parlamentsgruppen "Bahnlärm" und "Schienenverkehr" engagiere. Ich setze mich dafür ein, dass mehr Personen- und Güterverkehr auf die Schiene verlagert wird. Dabei müssen die Interessen der Trassenanlieger gewahrt bleiben. Es ist Aufgabe der Politik, die Weichenentsprechend zu stellen.



Im Gespräch mit Deutsche Bahn-Chef Dr. Richard Lutz und meinem Kollegen MdB Martin Burkert aus Nürnberg.

## SCHLACHTTELLER-ESSEN

Ein voll-besetzter Gastraum, deftiges Essen und zünftige Gespräche im Gasthaus "Zur Post" in Mittelsinn. Das Schlachtteiler-Essen der SPD Mittelsinn hat mittlerweile schon Tradition. Daumen hoch — das gefällt mir!



## KLR TXT

### DAS KREUZ NICHT INSTRUMENTALISIEREN

Mit der Anordnung, in allen staatlichen Behörden des Freistaates Bayern Kreuze aufzuhängen, hat der neue Ministerpräsident Söder (CSU) eine breite, kontroverse Diskussion angestoßen.

Auch ich bin von Kindheit an christlich geprägt und freue mich stets, wenn ich das Symbol meines Glaubens antreffe – sei es in öffentlichen Gebäuden, privaten Räumen oder in der Flur an Bildstöcken. Und für mich war es auch ganz selbstverständlich, dass bei der Eröffnung meines Wahlkreisbüros mit Segnung durch die katholische und evangelische Geistlichkeit ein Kreuz im Büro angebracht wurde.

Wenn aber das Anbringen von Kruzifixen durch den Staat verordnet wird, dann überschreitet das eine Grenze, die niemandem dient. Im Gegenteil, durch dieses durchsichtige Wahlkampfmanöver spaltet Herr Söder unsere Gesellschaft und instrumentalisiert das Kreuz für seine eigenen Zwecke.

Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes haben gerade aus der Erfahrung der Zeit des Naziterrors heraus deutlich gemacht, dass für alle Menschen in Deutschland die Freiheit der Religion und der Weltanschauung gilt.

Ich bin deshalb sehr froh, dass sich auch die Vertreter der Kirchen sehr deutlich positioniert haben und das staatlich verordnete Anbringen von Kreuzen nicht gut heißen. Sie empfehlen im Gegensatz dazu, das Kreuz in Form der christlichen Nächstenliebe im Herzen zu tragen und danach zu leben und zu handeln.

Dem möchte ich mich gerne anschließen und wünsche uns allen einen schönen Marienmonat Mai.

Alle meine Positionen finden Sie auf  
[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## DAS RECHT AUF BEFRISTETE TEILZEIT KOMMT

Derzeit arbeiten überwiegend Frauen in Teilzeit: Rund 51% der Frauen, aber nur rund 12% der Männer. Allerdings würden viele Teilzeitbeschäftigten – insgesamt 1,8 Millionen – gerne mehr arbeiten. Und auf der anderen Seite würden fast eine Million Beschäftigte ihre Arbeitszeit gerne reduzieren. Aber sie haben Angst, nach einer gewissen Zeit der Teilzeitarbeit keine volle Stelle in ihrem Unternehmen mehr zu bekommen. So wie die vielen überwiegend Frauen, die aktuell in der Teilzeitfalle stecken.

**Gerade einmal fünf Wochen im Amt, legt Bundesarbeitsminister Hubertus Heil einen Gesetzentwurf vor, in dem das Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit verankert ist.**

Dieses Problem ist mir auch schon bei mehreren Beschäftigten in meinem Wahlkreis begegnet. Die Betroffenen wollen nach einer Teilzeitphase – oft mit kleinen Kindern – wieder mehr arbeiten. Und obwohl ihr Unternehmen ihre Arbeitskraft braucht, bekommen sie keinen Vollzeitvertrag. Stattdessen sollen sie Überstunden leisten. Sie arbeiten also de facto mehr als ihr Arbeitsvertrag vorsieht – verlassen können sie sich aber nicht darauf.

Deswegen verankern wir jetzt einen gesetzlichen Anspruch auf zeitlich begrenzte Teilzeit – der unab-



hängig von bestimmten Gründen gilt. Damit können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für eine begrenzte Zeit beruflich kürzer treten, verlieren aber ihren Anspruch auf eine Vollzeitstelle nicht.



Im Ausschuss des Bundestages für Arbeit und Soziales diskutieren und erarbeiten wir die **Brückenteilzeit**. Hier mit meiner Bundestagskollegin Daniela Kolbe aus Leipzig.

Das haben wir bereits vor vier Jahren in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt. Auf Druck der Arbeitgeber ist die Umsetzung aber letztlich am Bundeskanzleramt gescheitert. Damit wurde eine klare Verabredung gebrochen. Deshalb haben wir bei den Verhandlungen in diesem Jahr darauf bestanden, dass dieses wichtige Gesetz für die Beschäftigten endlich kommt – und dass wir es schnell anpacken.

Jetzt liegt der Gesetzentwurf dem Bundestag vor. Neben dem gesetzlichen Anspruch auf zeitlich begrenzte Teilzeit tun wir auch etwas für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich in einem zeitlich nicht begrenzten Teilzeitarbeitsverhältnis befinden. Für sie soll eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit erleichtert werden. Nach geltendem Recht muss ein Arbeitnehmer, der seine Arbeitszeit wieder verlängern möchte, seinem Arbeitgeber die anspruchsbegründenden Tatsachen darlegen und gegebenenfalls beweisen. Diese Darlegungslast soll zukünftig beim Arbeitgeber liegen.

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## BESUCHERGRUPPE IN BERLIN

Bestes Wetter hatten die **50 Besucherinnen und Besucher aus Unterfranken**, die ich nach Berlin eingeladen hatte, mitgebracht. In der Hauptstadt wartete dann ein vollgepacktes Programm auf meine Gäste: von der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung über die Ausstellung "Wege, Irrwege, Umwege – Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland" im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt und der Gedenkstätte Berliner Mauer bis zum Olympiastadion standen einige Punkte der historischen und politischen Bildung auf dem Programm. Ein Gespräch beim Bundesnachrichtendienst und der Besuch im Reichstagsgebäude trafen auf sehr großes Interesse. Nach einer Stunde Zuhören bei der Plenarsitzung des

Deutschen Bundestages, stellte ich mich den zahlreichen Fragen meiner Gäste. Sie wollten Details über den Zeitplan und Alltag eines Politikers in Berlin wissen, aber auch aktuelle politische Belange, wie beispielsweise zur Haus- und Grundsteuer oder zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das neue Teilzeitrecht, wurden diskutiert. Mit der Erkundung der Kuppel und der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes schloss der Tag im Berliner Reichstagsgebäude

**links:** in der Landesvertretung des Freistaates Bayern

**unten:** auf der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes

**unten:** auf der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes



# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## TREFFEN MIT WIENER MEMORANDUM GRUPPE

Mit Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen aus Bayern, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Ungarn und Österreich — der sogenannten **Wiener Memorandum Gruppe** — traf ich mich zum Austausch im Bundestag in Berlin. Es ist wichtig, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten in Europa zusammenhalten, denn das Kapital organisiert sich auch grenzüberschreitend.



Im Zentrum unseres Gesprächs stand die Bedeutung gemeinsamer Standards: Wir brauchen feste Regeln für grenzüberschreitende Entsendungen und Maßnahmen zur Anhebung des Lohnniveaus in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Dumpinglöhne schaden den Beschäftigten, die sie erhalten genauso wie den Kolleginnen und Kollegen, die dadurch unter Druck gesetzt und verdrängt werden.

Außerdem ging es in dem Gespräch um die Entwicklung der sozialen Parteien in Europa, die Gefahr neuer Arbeitszeit-Verordnungen zulasten der Beschäftigten und die Stärkung der Industriewirtschaft in Europa.

Nur, wenn wir Solidarität zeigen und grenzüberschreitend zusammenarbeiten, wird es uns gelingen, diese Probleme zu lösen.

## RENTENDISKUSSION IN WÜRZBURG

Das Thema Rente ist ein Dauerbrenner. Und so diskutierte ich auf Einladung der IG BAU Mainfranken in Würzburg mit Klaus Ernst (Die LINKE) und Helmut Kaltenhauser (FDP) darüber.



Während die Union im Vorfeld zur Bundestagswahl das Thema ausklammern und am liebsten gar nichts ändern wollte - vielleicht war deshalb auch jetzt kein Diskutant der CSU gekommen (?) - machte ich deutlich, dass wir als SPD bereits im November 2016 ein fundiertes und durchgerechnetes Rentenkonzept vorgelegt hatten. Große Teile davon finden sich nun im Koalitionsvertrag wieder, wie beispielsweise die dauerhaft Stabilisierung des durchschnittlichen Rentenniveaus bei 48 Prozent.

Die Mütterrente finde ich richtig. Falsch ist es aber, sie mit 6,7 Mrd. Euro im Jahr aus der Rentenkasse zu finanzieren.

Und ich bin der Meinung, dass ein Rentensystem nach österreichischem Vorbild, in das alle Erwerbstätigen einzahlen — auch Selbstständige und perspektivisch auch Beamte — das Beste für uns wäre.

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## SOZIALKUNDESTUNDE AN DER REALSCHULE IN KARLSTADT

Im Vorgriff auf den Europatag am 9. Mai war ich zu einer Sozialkundestunde an der Johann-Rudolph-Glauber Realschule zum **Thema Europa** mit Zehntklässlern im Gespräch.



Nach einem Blick auf die Vergangenheit Europas mit vielen Kriegen und Verwerfungen ging ich auf die heutigen Chancen und Risiken ein und beleuchtete die aktuellen Probleme der Gemeinschaft. Die junge Generation hat schon nicht mehr mit D-Mark bezahlt, muss nicht mehr an der Grenze warten und dort auch kein Geld tauschen, wies ich auf die praktischen Vorteile der EU hin, die heute oftmals für selbstverständlich genommen werden.

Allerdings sind die Errungenschaften in Gefahr, wenn nationalistische Strömungen, wie sie auch in Deutschland festzustellen sind, verstärkt werden. Daher sind gerade junge Menschen in der Verantwortung, die Demokratie und die Solidarität der Staaten in Europa zu bewahren und weiter zu entwickeln. Am Negativ-Beispiel "Brexit" warnte ich: In Großbritannien sind die jungen Leute nicht zur Wahl gegangen und das Ergebnis war der Beschluss zum Austritt aus der Gemeinschaft, der nur Verlierer haben wird.

Rückwärts gewandtes Denken hilft in einer Welt voller Spannungen nicht weiter. Wenn die Länder Europas nicht in der Bedeutungslosigkeit versinken sollen, geht das nur mit einer auf gegenseitige Solidarität gründenden Staatengemeinschaft, in der auch die schwächeren Mitglieder mitgenommen werden müssen.

In der folgenden Diskussionsrunde fragte ein Schüler, was konkret mit den elf Milliarden mehr Bundesmitteln für **Bildung** gemacht werden soll. Es wird sowohl für Betreuungseinrichtungen als auch für Schulen gebraucht. Auch bei uns gibt es Wartelisten für Kita-Plätze und bei den Schulen sind auch noch nicht alle Gebäude und Turnhallen renoviert.

Weitere Punkte waren die generelle Freigabe von **Cannabis**, die ich wegen erwiesener gesundheitlicher Gefährdungen nicht befürworte und die Auswirkungen des geplanten **Polizeiaufgabengesetzes** in Bayern. Hieraus ergab sich eine interessante Diskussion, in deren Verlauf ich meinen Standpunkt darlegte: Die dann möglichen Eingriffe in den persönlichen Bereich gehen eindeutig zu weit.

Mein Schlussfazit: Ich bin optimistisch für die Zukunft, wenn junge Menschen und Mandatsträger weiter im Gespräch bleiben und Interesse für politische Zusammenhänge geweckt wird.



# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## ERÖFFNUNGEN IN WÜRZBURG

Gleich an zwei feierlichen Eröffnungen in einer Woche konnte ich in Würzburg teilnehmen:

Zum einen wurde der erste Abschnitt (Gleise 2 bis 7) des neuen, jetzt **barrierefreien Gleistunnels im Hauptbahnhof Würzburg** in Betrieb genommen - pünktlich, wenige Tage vor Eröffnung der Landesgartenschau, wie von der Bahn versprochen.



Bis 2021 wird der komplette Bahnhof umgebaut und die 61 Millionen Euro von Bund und Land gut angelegt sein. Über 35.000 Menschen nutzen den Bahnhof täglich.



Im Gespräch mit Klaus-Dieter Josel, dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn für Bayern.

Blühende Farbenpracht gab es dann wenige Tage später bei der **Eröffnung der Bayerischen Landesgartenschau** zu bestaunen. Toll, was hier auf dem 28 Hektar großen Ausstellungsgelände am Hubland verwirklicht wurde. Und die Besucherzahlen geben dem Projekt recht: Bereits am ersten Tag kamen über 1500 Menschen auf das Gelände.



Diese Blumenart gibt es aber wohl nicht auf der Landesgartenschau, sondern in unserer Region nur in der Landschaft rund um den Markt Obersinn zu sehen: Die „Fritillaria meleagris“, die **Schachbrettblume**. Allein wegen ihr kamen auch heuer wieder mehrere tausend Gäste zum gleichnamigen Fest in den Sinngrund. Für mich ist es kein Pflichttermin, sondern als begeisterter Hobby-Fotograf ein großes Vergnügen, dort dabei zu sein.



# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## ZWEITER BUS HÄLT FÜR SCHULKINDER IN SCHAIPPACH

Im Februar hatten mir Eltern aus Schaippach ein Schreiben und eine Unterschriftenliste übergeben, mit der Bitte, die Schulbussituation zu verbessern. Kurz zuvor waren Schaippacher Kinder an der Haltestelle stehen gelassen worden, nachdem ein Busfahrer aufgrund seines vollen Fahrzeuges die Schüler an den nachfolgenden Bus verwiesen hatte.



Vor allem der Bus aus dem Sinngrund, der morgens um 7:23 Uhr an der letzten Station vor der Mittelschule in Gemünden die Schaippacher Schüler noch aufnehmen soll, sei regelmäßig sehr gut oder vollbesetzt, klagten die Eltern.

Auf mein Betreiben hin wurde in einem ersten Schritt die Situation vor Ort geprüft und die Zahl der Mitfahrenden über mehrere Tage hinweg gezählt. Davon habe ich mir selbst ein Bild gemacht. In einem zweiten Schritt habe ich dann vorgeschlagen, einen vorherigen Bus ohne planmäßigen Halt in Schaippach künftig dort halten zu lassen.

Ich freue mich riesig, dass der OVF dies nun umsetzen will und bedanke mich für die insgesamt sehr gute Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen

beim OVF. So wird die Situation an der Haltestelle nun ohne Mehraufwand entlastet. Wichtig und gut ist, dass die Schülerinnen und Schüler über die Maßnahme informiert werden, so dass die Verbesserung auch greift und spürbar wird.

Fraktion vor Ort

### SAVE THE DATE!

### FRAKTION VOR ORT AM 20.06.2018

Die SPD-Bundestagsfraktion ist in Main-Spessart vor Ort und zwar am **20. Juni 2018** in **Frammersbach** mit meiner lieben Kollegin **MdB Bettina Müller** und mir.

Bettina Müller ist die **SPD-Abgeordnete für den hessischen Wahlkreis Main-Kinzig – Wetterau II – Schotten**, der direkt an meinen Wahlkreis MSP/MIL und meinen Heimatlandkreis Main-Spessart angrenzt.

Unter dem Titel „**Grenzerfahrungen**“ wollen wir die Möglichkeiten und Grenzen der **länderübergreifenden Zusammenarbeit** diskutieren.

**Herzliche Einladung zur Diskussion! Kommen Sie vorbei und schildern Sie Ihre Erfahrungen!**

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## PRAKTIKUM: POLITIK HAUTNAH ERLEBEN

Alexander Touati - ein 22-jähriger Student aus Partenstein - hat ein Praktikum bei mir gemacht und dabei sowohl mein Wahlkreis als auch mein Berliner Büro kennengelernt.



Das sagt er selbst dazu: „Die theoretischen Inhalte der Universität in der Praxis hautnah zu erleben war klasse! In meiner Zeit im Wahlkreisbüro in Gemünden wurde mir ein guter Überblick über die Politik vor Ort vermittelt. Mein persönliches Highlight des Praktikums fand in Berlin statt. Ich durfte die Wahl der Bundeskanzlerin live im Plenum mitverfolgen. Und auch sonst ermöglichte mir Bernd Rützel die Teilnahme an zahlreichen spannenden Terminen. Dafür bedanke ich mich herzlich bei ihm – genauso wie für sein offenes Ohr, das er für jede meiner Fragen hatte, egal wie sehr er im Stress war.“

Dieses Lob freut mich natürlich. Interessentinnen und Interessenten, die auch gerne ein Praktikum absolvieren wollen, können sich gerne bei meinem Berliner Büro melden.

## GRATULATION ZUR BERUFUNG ANS BUNDESARBEITSGERICHT

Zum Kennenlernen traf ich in meinem Wahlkreisbüro Klaus Köhler aus Würzburg, der zum 1. Februar als ehrenamtlicher Richter ans Bundesarbeitsgericht in Erfurt berufen wurde. Ich freue mich, dass mit Herrn Köhler zukünftig ein erfahrener Arbeitsrechtsexperte aus unserer Region am obersten Gerichtshof des Bundes im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit ehrenamtlich die Arbeitnehmerseite in Sachen Tarifverträge vertreten wird.



Klaus Köhler ist Diözesansekretär bei der KAB in Würzburg und arbeitet dort als Berater bei arbeits- und sozialrechtlichen Fragestellungen. Am 6. Senat, an dem Köhler tätig sein wird, werden unter anderem Urteilsverfahren zur Auslegung von Tarifverträgen und Dienstordnungen des öffentlichen Dienstes sowie Tarifverträgen und Arbeitsrechtsregelungen von Religionsgemeinschaften behandelt.

Als langjähriger Betriebsrat und heutiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für kollektives und individuelles Arbeitsrecht liegen mir die Themen Tarifvertragsrecht und Mitbestimmung sehr am Herzen. Sie schützen Arbeitnehmer und sorgen dafür, dass diese an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben.

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## SOPHIES POST AUS DEN USA



Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Sophie Maier aus Bischbrunn. Hier ihr aktueller Bericht:

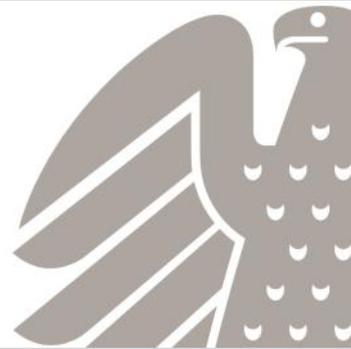
Besuch aus Deutschland! Nach knapp 9 Monaten habe ich Besuch von meinen Eltern bekommen. Nachdem ich zwei Stunden aufgeregt und euphorisch am Flughafen auf die beiden gewartet hatte, habe mich riesig gefreut meine Eltern endlich mal wieder in den Arm nehmen zu können. Für die kommenden Wochen hatte ich schon einiges geplant und konnte kaum abwarten ihnen mein amerikanisches Leben und die Seattle Area zu zeigen. Vom Pike Place Market, Space Needle und Columbia Tower in Downtown Seattle bis hin zu Alki Beach, Snoqualmie Falls und Gas Works Park im Großraum Seattle haben wir alles besucht. Außerdem durfte natürlich ein Baseballspiel der Seattle Mariners und ein Eishockeyspiel der Everett Silvertips nicht fehlen. Die Wochen mit meinen Eltern sind wie im Flug vergangen. Jetzt sind es nur noch 3 Monate, bis ich wieder nach Deutschland komme. Bis dahin werde ich die Zeit hier noch in vollen Zügen genießen.

Visit from Germany! After almost 9 months I got a visit from my parents. After two hours of excited and euphoric waiting for the two of them at the airport, I was really happy to finally be able to hug my parents again. For the coming weeks, I had planned a lot and could not wait to show them my American life and the Seattle Area. From Pike Place Market, Space Needle and Columbia Tower in Downtown Seattle to Alki Beach, Snoqualmie Falls and Gas Works Park in Greater Seattle Area, we visited everything. In addition, of course, a baseball game of Seattle Mariners and a hockey game of Everett Silvertips was not missing. The weeks with my parents have passed so fast. Now it is only 3 months until I come back to Germany. Until then I will enjoy the time here to the fullest.



**Alle Texte meiner  
PPP-Stipendiatinnen unter  
[www.bernd-ruetzl.de](http://www.bernd-ruetzl.de)**

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs



### **Volkmar Halbleib**

Parlamentarischer  
Geschäftsführer der  
SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für  
Stadt und Landkreis Kitzingen

### **SPD bringt Untersuchungsausschuss Wohnungen auf den Weg**

Liebe Leserinnen und Leser,

Was geschah wirklich beim skandalösen Verkauf von 32.000 staatlichen Wohnungen?

Die SPD-Landtagsfraktion hat - gemeinsam mit Freien Wählern und Grünen - einen gemeinsam Fragenkatalog zum Verkauf von 32.000 GBW-Wohnungen durch den früheren CSU-Finanzminister Markus Söder verabschiedet. Damit ist der Weg frei für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses zum GBW-Komplex.

Als Mitglieder des künftigen Untersuchungsausschusses hat die SPD mich, als ihren Parlamentarischen Geschäftsführer sowie die Landtags-Vizepräsidentin Inge Aures benannt.

Ministerpräsident Söder behauptet ja immer, dass er durch die EU zum Verkauf gezwungen wurde. Doch das entspricht nach unserer Kenntnis nicht der Wahrheit. Wir werden Herrn Söder damit nicht davonkommen lassen. Das sind wir den tausenden betroffenen Mieterinnen und Mietern schuldig.

Von Söders GBW-Deal sind auch tausende MieterInnen in Unterfranken betroffen. GBW-Wohnungsbestände in der Region Untermain und im Landkreis Main-Spessart gibt es an folgenden Standorten: Aschaffenburg, Elsenfeld, Erlenbach,

Gemünden, Karlstadt, Lohr, Marktheidenfeld, Miltenberg und Obernburg.

Der GBW-Skandal reiht sich ein in viele andere wohnungspolitische Fehler der CSU-Staatsregierung:

- jahrelange Verweigerung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft
- dramatische Kürzung von Landesmitteln für bezahlbaren Wohnraum
- viele Mietwohnungen fallen aus der Sozialbindung
- die Weigerung, staatliche Gründe kostengünstig für Wohnungsbau in den Kommunen bereitzustellen
- Verbot von Wohnungsbau durch Landkreise

Wohnen ist ein Grundrecht! Jeder in unserem Land muss sich ein Dach über dem Kopf leisten können. Das steht schon in der Bayerischen Verfassung: „Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.“

Damit das Realität wird, brauchen wir eine andere Wohnungspolitik in Bayern. Die kann man wählen: Am 14. Oktober bei der Landtagswahl!

Ihr/Euer

Volkmar Halbleib

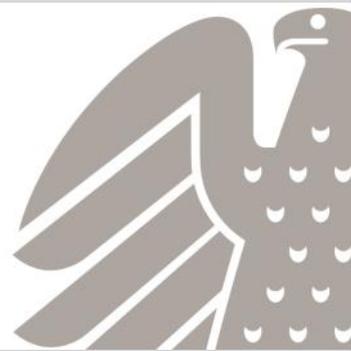
**Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL**

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030

buergerbuero-halbleib@t-online.de

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin  
der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost und  
Miltenberg



### **SPD-Landtagsfraktion fordert moderne Schulausstattungen, qualifizierte pädagogische Konzepte und Erhalt von Schulschwimmbädern**

Liebe Leserinnen und Leser,

Das Thema Bildung steht ganz oben auf unserer politischen Agenda. Mehr Lehrkräfte, bessere Ausstattung der Schulen, Bildungsgerechtigkeit und das Eröffnen von Bildungschancen stehen dabei im Vordergrund. Eine moderne Ausstattung der Schulen und eine freundliche Lernumgebung sind dabei unverzichtbar. Bei der voranschreitenden Digitalisierung auch an unseren Schulen sind vor allem der Einsatz von IT-Fachkräften sowie entsprechende Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer wichtig. Außerdem benötigen wir qualifizierte pädagogische Konzepte, um den Schülerinnen und Schülern eine verlässliche Medienkompetenz zu vermitteln. Was die Ausstattung der Schulen mit dem entsprechenden technischen Equipment angeht, steht auch der Freistaat in der Pflicht. Nur so kann garantiert werden, dass alle Schulen auf denselben Stand gebracht werden und die Ausstattung nicht von der finanziellen Lage der Kommune abhängt.

Auch der Erhalt von Schulschwimmbädern ist uns ein ganz wichtiges Anliegen. Im Freistaat wurden in den vergangenen fünfzehn Jahren knapp 80 öffentliche Schwimmbäder dichtgemacht. So können die

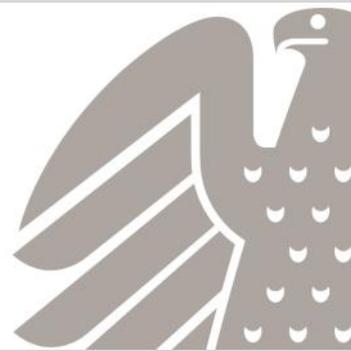
bayerischen Schulen oft den Schwimmunterricht nicht mehr im notwendigen Umfang durchführen. Das darf nicht sein. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Derzeit fördert der Freistaat nur Schwimmbäder, die von mindestens 40 Schulklassen für den Schwimmunterricht genutzt werden. Diese Regelung ist höchst realitätsfern und ungerecht. Vor allem kleinere Kommunen, die ja ohnehin oft knapper bei Kasse sind als die größeren, stecken hier im Dilemma. Es ist höchste Zeit, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Deshalb fordern wir einen staatlichen Sonderfonds in Höhe von mindestens 30 bis 50 Millionen Euro zum Erhalt unserer Schwimmbäder und damit die Garantie für Schwimmunterricht überall im Freistaat.

Ein weiteres Manko: es gibt bei weitem nicht die notwendige Unterstützung der Schulen durch Sonderpädagogen, Schulpsychologen und Sozialpädagogen. Sie müssen fester Bestandteil in allen Schulen werden, um die Lehrkräfte zu entlasten und auf besonders unterstützungsbedürftige Schülerinnen und Schüler besser eingehen zu können. Um diese Ziele zu erreichen, gibt es noch viel zu tun. Aber der Einsatz lohnt sich. Wir bleiben dran.

Herzlichst,  
Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
[buengerbuero@martina-fehner.de](mailto:buengerbuero@martina-fehner.de)

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## GEORG ROSENTHAL

Unterfrankensprecher  
in der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für Würzburg-Stadt  
Betreuungsabgeordneter für MSP



### **Schwerer Stand für unterfränkische Kommunen: Die Hälfte der öffentlichen Schwimmbäder in Unterfranken sind sanierungsbedürftig**

Bayerns Hauseigentümer wurden durch den Wegfall der Straßenausbaubeiträge auf Kosten der Allgemeinheit entlastet. Wer Wohneigentum in der Stadt besitzt, kann sich zusätzlich über den steigenden Wert des eigenen Hauses freuen. Ein weiterer Wertzuwachs für Besizende, während die Kommunen zunehmend unter finanziellen Druck geraten. Öffentliche Angebote müssen zurückgefahren werden und fallen Sparmaßnahmen zum Opfer. In Unterfranken müsste beispielsweise jedes zweite öffentliche Schwimmbad saniert werden, doch die Kassen sind leer. In Bayern muss endlich Politik für alle gemacht werden, nicht mehr nur für Wohlhabende. Der Freistaat muss den Kommunen stärker unter die Arme greifen, beispielsweise mit einer Schwimmbadförderung.

Von insgesamt 113 öffentlichen Schwimmbädern in Unterfranken sind 56 sanierungsbedürftig. Das ergab eine SPD-Anfrage im Landtag. Als Unterfranken-Sprecher meiner Fraktion berichtete ich, dass allein in den letzten beiden Jahren in Unterfranken drei Schwimmbäder dicht machen mussten. Weitere sechs sind akut von der Schließung bedroht. Dadurch sei nicht nur der Freizeitspaß in Unterfran-

ken bedroht. Jedes zweite 10-jährige Kind kann nicht schwimmen, da dies immer seltener im schulischen Sportunterricht gelehrt wird. Das fand eine Studie der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) heraus. Für mich ist das eine direkte Folge des Schwimmbadsterbens: Fällt das örtliche Schwimmbad weg, so ist damit auch der so wertvolle Schwimmunterricht gestorben. Eine Schwimmbadförderung ist wichtig, um Kindern Spaß und Schwimmfähigkeit zu geben. Das rettet Leben.

Die SPD fordert nun einen staatlichen Sonderfond, der in Härtefällen sogar bis zu 100 Prozent der Sanierungskosten übernimmt. Viele Kommunen sind nicht mehr in der Lage, die anfallenden Sanierungen durchzuführen und die laufenden Betriebskosten für ihre Bäder zu bezahlen. Die Belastungsgrenze ist erreicht. Wir dürfen den Kommunen nicht noch mehr zumuten, schließlich dienen sie der Allgemeinheit!

Ihr/ Euer

Georg Rosenthal

**Abgeordnetenbüro Georg Rosenthal, MdL**

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 99110 161 | Fax: 0931 99110 162

buergerbuero@georg-rosenthal.de